

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum

**01.08.2011**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stadtentwicklung, Kommunale Verkehrsplanung**

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Dienstag, 28.06.2011**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:13 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 05.05.2011 - öffentlicher Teil**  
*0299/2011*

- 4 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5.1 **Mitteilungen des Bürgermeisters**  
**Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales**  
*0296/2011*
- 5.2 **Frauenpolitische Informationen**  
*0266/2011*
- 6 **Daten, Zahlen, Fakten zum Thema Zwangsheirat**  
*0286/2011*
- 7 **Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf**  
**Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für**  
**Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der**  
**Bundesregierung**  
*0267/2011*
- 8 **Jahresbericht 2010 für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, 12. Teil (SGB XII) -**  
**Sozialhilfe - und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) einschließlich**  
**Unterhaltsheranziehung**  
*0287/2011*
- 9 **Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, jüdischen**  
**Migranten, Spätaussiedlern und Menschen in Wohnungsnot in städtischen**  
**Unterkünften im Jahr 2010**  
*0288/2011*
- 10 **Jahresbericht 2010 über die Entwicklung und Aktivitäten der GL Service gmbH**  
**(Berichtszeitraum 01.01.2010 - 31.12.2010)**  
*0262/2011*
- 11 **Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur HSK-Maßnahme 5.510.1 -**  
**Rentenversicherungsstelle: Reduzierung des Standards, Kooperation**  
*0301/2011*
- 12 **Freigabe von Mitteln für zusätzliche Leistungen im Rahmen des Freiraumkonzepts**  
*0302/2011*
- 13 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan V21/I "Smidt Wohncenter - Möbelhaus II und**  
**Lagergebäude": Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger**  
**öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**  
*0248/2011*
- 14 **Anträge der Fraktionen**
- 15 **Anfragen der Ausschussmitglieder**



## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung der Ausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sodann stellt die Vorsitzende die aus dem als *Anlage* beigefügten Teilnahmeverzeichnis ersichtliche Anwesenheit sowie die Vertretungsverhältnisse fest und begrüßt Frau Anika Mahmood als neues Ausschussmitglied.

Die Niederschrift über die feierlich erfolgte Verpflichtung von Frau Mahmood ist als *Anlage* beigefügt.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 05.05.2011 - öffentlicher Teil 0299/2011

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

#### 4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

#### 5.1. Mitteilungen des Bürgermeisters Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales 0296/2011

Frau Schöttler-Fuchs nimmt Bezug auf die laufende Spendenverdopplungsaktion der Bethe-Stiftung Bergisch Gladbach für die Mädchenberatungsstelle von Frauen helfen Frauen e.V. und bittet mit dem Einverständnis der Vorsitzenden um Spenden der Ausschussmitglieder in eine im Sitzungssaal aufgestellte Spendenbox.

Frau Schneider bezieht sich auf die Vorlage, aus der erkennbar sei, dass die Frauenberatungsstelle nicht nur für die Stadt Bergisch Gladbach arbeite, sondern zumindest auch für die Kommunen Kürten, Overath und Rösrath. Frau Schneider fragt, ob diese Kommunen sich an den Kosten der Beratungsstelle beteiligten. Die Vorsitzende kündigt eine schriftliche Beantwortung (*Anlage*) der Frage durch die Verwaltung an.

Auf Nachfrage von Frau Schundau bittet die Vorsitzende darum, den Jahresbericht 2009 der Frauenberatungsstelle (*Anlage*) als Vergleichsmöglichkeit zum Jahresbericht 2010 der Niederschrift zu dieser Sitzung beizufügen.

## **5.2. Frauenpolitische Informationen** *0266/2011*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

## **6. Daten, Zahlen, Fakten zum Thema Zwangsheirat** *0286/2011*

Frau Mahmood macht darauf aufmerksam, dass Veranstaltungen zum Thema Zwangsheirat in den Schulen in der Regel verpflichtend seien, weshalb die in der Vorlage mit 90 bezifferte Anzahl an Interessierten möglicherweise nicht aussagekräftig sei. Frau Mahmood findet, es fehle an Öffentlichkeitsarbeit, auch außerhalb der Schulen.

Die Vorsitzende erläutert, dass die auf einer Anfrage der CDU-Fraktion basierende Vorlage ein von der Gleichstellungsbeauftragten erarbeitete Zusammenfassung der Situation in Bergisch Gladbach zum Thema Zwangsheirat sei.

Frau Schneider führt weiter aus, bei den in der Vorlage aufgeführten Veranstaltungen handele es sich um von der Gleichstellungsbeauftragten initiierte bzw. unterstützte Maßnahmen. Hierbei sei ein besonders wichtiger Punkt, Mädchen an den weiterführenden Schulen Informationen zum Thema Zwangsheirat zugänglich zu machen.

Frau Schundau hält Überlegungen für erforderlich, wie eine höhere Beteiligung der Schulen an dem Angebot zu erreichen sei. Dieser Auffassung schließt sich Herr Dr. Bernhauser an und schlägt vor, Frau Fahner möge darum fragen, ob sie in die Konferenz der Schulleiter eingeladen werde, um dort das Thema noch einmal zu bewerben. Herr Dr. Mieke regt an, einen entsprechenden Antrag in der kommenden Sitzung des ABKSS zu stellen.

Frau Schneider weist klarstellend darauf hin, dass die Gleichstellungsbeauftragte bereits alle Schulen über das Angebot im Bereich Zwangsheirat informiert habe, wobei nur drei Schulen dieses Angebot angenommen hätten.

Auf Nachfrage von Frau Bischoff schlägt Frau Mahmood vor, eine bessere Öffentlichkeitsarbeit z.B. dadurch zu erreichen, in Bahnen und an weiteren öffentlichen Orten durch aufgeklebte Sticker unter Nennung einer Rufnummer auf Beratungsstellen hinzuweisen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass nicht nur Schülerinnen von dem Thema betroffen seien.

Frau Schneider merkt ergänzend an, dass auch im alljährlich an den weiterführenden Schulen verteilten Bergisch Gladbacher Mädchenmerker auf die Frauen- bzw. Mädchenberatungsstelle hingewiesen werde.

Herr Dr. Mieke macht darauf aufmerksam, dass die auf Seite 21 der Einladung angesprochene Problematik der Heiratsverschleppung auch für Männer gelte.

Herr Dr. Mieke stellt in Aussicht, gemeinsam mit Herrn Dr. Bernhauser in der nächsten Schulausschusssitzung eine Überlegung anzustellen, die eventuell zur Einrichtung eines sogenannten Nottelefons beim Fachbereich 4 für besonders von Drucksituationen betroffene Schülerinnen und Schüler führe.

Die Vorsitzende hält dies für einen sehr guten Vorschlag.

7. **Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf Gutachten der Sachverständigenkommission an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung**  
0267/2011

Frau Schneider bezieht sich auf die in der Vorlage angekündigte Tischvorlage „Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen“ (*Anlage*) und setzt ein Interesse des Ausschusses daran voraus, welche Schlussfolgerungen aus dem Bericht bzw. dem Gutachten für die Stadt Bergisch Gladbach zu ziehen wären, d.h. welche Handlungsperspektiven zukünftig zum Erreichen einer echten Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern zu beachten seien. Frau Schneider beantragt deshalb eine ergänzende Vorlage zum Bundesgleichstellungsbericht, der die Bedeutung des Ergebnisses für die Stadt Bergisch Gladbach aufzeige. Frau Münzer weist darauf hin, dass gemäß den Ausführungen in der Vorlage zunächst noch eine Stellungnahme der Bundesregierung folge. Die Vorsitzende ist damit einverstanden, nach Vorliegen dieser Stellungnahme eine dem Wunsch von Frau Schneider entsprechende ergänzende Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen.

8. **Jahresbericht 2010 für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, 12. Teil (SGB XII) - Sozialhilfe - und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) einschließlich Unterhaltsheranziehung**  
0287/2011

Herr Waldschmidt bezieht sich auf den Bericht über die Unterhaltsheranziehung, dem er entnehme, dass für den Berichtszeitraum ein Stellenanteil von 4,5 Stunden pro Woche angesetzt sei. Angesichts der 25 vorgelegten Leistungsfälle und der im Bericht dargestellten Ergebnisse der Prüfung frage er sich, wie sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis gestalte.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass die Kosten-Nutzen-Gestaltung immer erst nach der Prüfung der Fälle feststehe und dass nicht mit statistischer Sicherheit vom Fortbestehen dieser relativ geringen Fallzahl auch für die nächsten Jahre ausgegangen werden könne. Die Stadtverwaltung sei verpflichtet, die im Bereich der Unterhaltsheranziehung zu erzielenden Einnahmen zu tätigen. Insofern sehe er keine Möglichkeiten, zu einer anderen Vorgehensweise überzugehen.

Herr Dekker bestätigt aus seiner früheren Zuständigkeit heraus die Verpflichtung der Verwaltung, die vorgelegten Fälle auf eine mögliche Unterhaltspflicht zu überprüfen. Aufgrund gesetzlicher Änderungen im Bereich des SGB XII sei es nicht überraschend, dass in vielen Fällen keine Leistungspflicht des Unterhaltspflichtigen festzustellen wäre.

Herr Dr. Miede erklärt, es gehe vorliegend um die Relation von 4,5 Stunden Arbeitsaufwand pro Woche für 25 Leistungsfälle. Er denke, eine Reduzierung auf zwei Stunden sei möglich.

Frau Münzer wendet ein, im Jugendhilfeausschuss sei ganz massiv der Wunsch geäußert worden, dass diesen Fällen nachgegangen werde. Sie könne sich vorstellen, dass es sich um schwierigere Fälle handele. Angesichts des aus seiner Sicht geringen Zeitaufwandes pro Fallprüfung bekräftigt Herr Waldschmidt die Anregung, den angesetzten Zeitaufwand mit Blick auf die geringe Erfolgsquote etwas zurückzufahren. Herr Schmickler kündigt an, den Hinweis verwaltungsintern weiterzuleiten, macht andererseits aber auch darauf aufmerksam, dass die für den Stellenanteil von 4,5 Stunden gegebenenfalls nicht benötigte Arbeitszeit für andere Aufgaben des Stelleninhabers bzw. der Stelleninhaberin verwendet werde.

(Die Stellungnahme der Verwaltung vom 14.07.2011 ist als *Anlage* beifügt.)

Frau Münzer bezieht sich auf die Ausführungen auf Seite 30 der Einladung. Danach sei eine freiwillige Mitgliedschaft in einer Kranken- und Pflegeversicherung für Asylbewerber nicht vorgesehen. Frau Münzer bittet um Auskunft darüber, welche Kosten der Stadtverwaltung - auch im

Vergleich zu den Vorjahren - in diesem Bereich durch die fehlende Möglichkeit zur Krankenversicherung entstehen. Die Vorsitzende kündigt eine schriftliche Beantwortung (*Anlage*) der Frage an.

9. **Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, jüdischen Migranten, Spätaussiedlern und Menschen in Wohnungsnot in städtischen Unterkünften im Jahr 2010**  
*0288/2011*

Auf Nachfrage von Frau Schneider informiert Herr Schmickler, das Gebäude in der Gierather Straße 42 sei zwar sanierungsbedürftig, aber nicht baufällig. Selbstverständlich werde seitens der Verwaltung darauf geachtet, dass zumindest der Mindeststandard erfüllt werde. Auf Anfrage von Herrn Waldschmidt berichtet Herr Schmickler, bekanntermaßen halte die Verwaltung ein Grundstück für den Bau eines soliden, teilweise barrierefreien Hauses vor, dessen Finanzierung ebenso wie der Baubeginn noch offen seien. Sollte auf aktuellem Sachstand eine Situation eintreten, die die barrierefreie Unterbringung eines Menschen erforderlich mache, sei die Stadt gehalten, eine der akuten Situation gerecht werdende Wohnung anzumieten. Angesichts des hohen Investments könne der besagte Neubau nur zu Lasten des Schulbaus verwirklicht werden. Die im Haushaltsplan gesetzten Prioritäten schlossen das eventuelle Risiko einer Anmietung im Falle einer erforderlich werdenden Unterbringung ein.

10. **Jahresbericht 2010 über die Entwicklung und Aktivitäten der GL Service gGmbH**  
**(Berichtszeitraum 01.01.2010 - 31.12.2010)**  
*0262/2011*

Auf Nachfrage von Herrn Waldschmidt berichtet Herr Dekker, der Verwaltungsvorstand und die Gesellschafterversammlung hätten sehr frühzeitig über die unverschuldete Entwicklung zu einem möglicherweise negativen Geschäftsjahr 2010 informiert werden können. Die Verringerung der Personalkosten, beispielsweise durch auslaufende befristete Arbeitsverträge, sei eine der ganz wenigen Möglichkeiten gewesen, Kosten zu reduzieren. Herr Dekker führt aus, er gehe zwar für 2010 von einem leicht negativen Ergebnis aus. Die Prognose für 2011 sehe nach den bisherigen Entwicklungen jedoch schon wieder besser aus.

Auf Nachfrage von Frau Schundau kündigt Herr Dekker an, die absoluten Zahlen der auf Seite 39 der Einladung dargestellten Vermittlungsquote von 26 % schriftlich nachzureichen (*Anlage*). Frau Schundau regt an, einen Beschluss darüber herbeizuführen, dass die Stadtverwaltung im Bereich Catering generell Leistungen der GL Service gGmbH beziehe.

Herr Dr. Bernhauser spricht sich dafür aus, dass die städtischen Aufträge auch weiterhin aus der Überzeugung heraus erteilt würden, dass die Qualität des Caterings und der Service nicht nur gut, sondern auch preisgünstig seien. Eine Zwangsregelung halte er für kontraproduktiv.

Herr Dekker berichtet auf Nachfrage von Frau Mahmood, dass die GL Service gGmbH als Dienstleisterin nur die Anzahl der Menschen aufzeigen könne, die dort einen Arbeitsvertrag angenommen hätten oder aus einem solchen Arbeitsvertrag heraus in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt worden seien.

11. Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur HSK-Maßnahme 5.510.1 -  
Rentenversicherungsstelle: Reduzierung des Standards, Kooperation  
0301/2011

Nach kurzer inhaltlicher Diskussion unter Bezugnahme auf die Sachdarstellung der Verwaltung in der Vorlage fassen die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB folgende dem Vorschlag der Verwaltung folgende **Beschlussempfehlung** für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat:

**An der HSK-Maßnahme 5.510.1 wird, wie vom Rat in seiner Sitzung am 14.12.2010 beschlossen, festgehalten.**

12. Freigabe von Mitteln für zusätzliche Leistungen im Rahmen des  
Freiraumkonzepts  
0302/2011

Vor dem Hintergrund, dass das Gesamtbudget der Stadtentwicklung durch den vorgeschlagenen Beschluss nicht überschritten werde, erläutert Frau Dr. Werheit ausführlich die in der Vorlage dargestellten und sich aus den Aussagen des verabschiedeten Sportentwicklungsplanes ergebenden Gründe, die zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung geführt haben.

Herr Dr. Karich wendet ein, er habe nach Durchsicht des Sportentwicklungsplans nur wenige konkrete Ansätze zur Überleitung in den Flächennutzungsplan gefunden, weshalb er sich über einen Aufwand in Höhe 2.000 € wundere.

Herr Waldschmidt erklärt für die SPD-Fraktion, dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen zu können, weil eine weitere externe Auftragsvergabe aufgrund guter verwaltungsinterner Ressourcen nicht für erforderlich gehalten werde.

Herr Dr. Bernhauser spricht sich dafür aus, das Konzept Freiraumplanung nicht an einem Betrag von 2.000 € scheitern zu lassen, möchte andererseits Klarheit darüber haben, ob und ggf. welche Beträge zukünftig noch anfallen könnten.

Frau Schundau stimmt der Auffassung von Herrn Waldschmidt zu und führt ergänzend aus, die verwaltungsinterne Erledigung habe auch den Vorteil, dass die Arbeitsergebnisse kompatibel blieben.

Herr Schmickler freut sich über Herrn Waldschmidts Kompliment einer guten Personalbesetzung im Bereich Stadtentwicklung. Sofern es um die Quantität gehe, weise er allerdings darauf hin, dass wegen eines Ende Juli auslaufenden Arbeitsvertrages dann nur noch zwei von drei Fachkräften im Bereich Stadtentwicklung tätig seien, was einer eher unterdurchschnittlichen Besetzung entspreche.

Herr Waldschmidt gibt angesichts des Nothaushalts einer durch die Personalsituation bedingten verzögerten Arbeitserledigung den Vorzug gegenüber einer externen Auftragsvergabe.

Frau Schmidt-Bolzmann warnt angesichts weiterer aus dem Stadtentwicklungskonzept ersichtlicher Planungen davor, zusätzliche externe Aufträge zu erteilen, die wegen des Nothaushalts nicht vertretbar seien, dies auch vor dem Hintergrund, dass beispielsweise auch im Bereich der Seniorenbegegnungsstätten Einsparungen vorgenommen würden.

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Mit Stimmgleichheit - bei Zustimmung der Fraktionen von CDU und KIDitiative gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB - fassen die Ausschussmitglieder folgenden **Beschluss**:

**Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird abgelehnt.**



13. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan V21/I "Smidt Wohncenter - Möbelhaus II und Lagergebäude": Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**  
0248/2011

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis und fassen sodann einstimmig folgenden **Beschluss**:

**Die Stellungnahme der Verwaltung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan V21/I „Smidt Wohncenter – Möbelhaus II und Lagergebäude“ wird beschlossen.**

14. **Anträge der Fraktionen**

Es liegen keine Anträge vor.

15. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Frau Schneider fragt an, wie die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten zu den auf Seite 16 in Verbindung mit Seite 55 der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für den FB 7 dargestellten Arbeitszeitkonten für Reinigungsfahrzeuge laute. Frau Schneider weist darauf hin, dass aus ihrer Sicht die Möglichkeit der Erhöhung der Frauenquote in diesem Bereich erkennbar werde. (Die Antwort der Verwaltung vom 13.07.2011 ist als *Anlage* beigelegt.)

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

gez. Petra Holtzmann  
Ausschussvorsitzende

---

gez. Gitta Schablack  
Schriftführung